



## „Krieg ist immer eine **Niederlage** von Diplomatie und Politik“

In einer Erklärung im Deutschen Bundestag anlässlich des Irak-Krieges äußerte sich die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Angela Merkel zutiefst betroffen und in Sorge. Krieg sei immer eine Niederlage von Diplomatie und Politik.

Ihre Rede im Wortlaut:

„Wir alle sind zutiefst besorgt und betroffen. Wir alle haben gehofft, dass wir diesen Krieg nicht erleben müssen. CDU und CSU bedauern sehr, dass es nicht gelungen ist, die Entwaffnung des Irak *Fortsetzung Seite 2*

### INHALT

Rot-Grün legt Karikatur  
eines Haushaltes vor  
SEITE 7

Zuwanderung  
SEITE 8

Gedankenaustausch zwischen  
EKD und CDU  
SEITE 10

Angelika Volquartz gewinnt  
Stichwahl  
SEITE 12

*Fortsetzung von Seite 1*  
mit friedlichen Mitteln zu erreichen, denn wir dürfen nie vergessen: Krieg ist immer eine Niederlage von Diplomatie und Politik.

In dieser Stunde sind unsere ersten Gedanken bei dem so leidgeprüften Volk im Irak. Es ist eine Tragödie für die betroffenen Menschen, die bereits seit vielen Jahren die menschenverachtende Herrschaft und die Kriege Saddam Husseins ertragen müssen, dass sie nun nochmals wegen dieses Diktators einen Krieg zu erleiden haben. Wir hoffen deshalb, dass

der Krieg mit möglichst wenig unschuldigen Opfern in möglichst kurzer Zeit zum Abschluss gebracht wird. Unsere Gedanken sind auch bei den Soldatinnen und Soldaten, die in einen schwierigen und gefährlichen Einsatz gehen.

CDU und CSU stimmen den von der Bundesregierung zugesagten Unterstützungsleistungen für die Vereinigten Staaten von Amerika und zum Schutz der Türkei und Israels zu.

Mit Blick auf die Zukunft setzen wir alles daran, dass sich die Kraft und Handlungsfähigkeit der

Europäischen Union, des transatlantischen Bündnisses und der Vereinten Nationen durch Geschlossenheit und Einigkeit neu entfalten kann. Innerhalb dieser Institutionen und Gemeinschaften sind wir nicht zuletzt mit den Vereinigten Staaten von Amerika durch gemeinsame Werte verbunden. Deshalb stehen wir an ihrer Seite.

So schwer es im Augenblick vorstellbar sein mag, so sehr hoffen wir doch, dass es nach diesem Krieg zu mehr Frieden und Sicherheit in der Region kommen kann.“

WOLFGANG SCHÄUBLE:

## Die Verantwortung für den Irak-Krieg liegt bei Saddam Hussein

**Der Beginn eines Krieges bedeute immer das „Scheitern von Politik und Diplomatie“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 20. März 2003 im Bundestag.**

Er betonte, es sei das Ziel der Union gewesen, Saddam Hussein mit friedlichen Mitteln zu entwerfen. Denn der Krieg

„scheint mir ohne Mandat der Vereinten Nationen auch ein großes Risiko zu sein“. Gleichwohl seien die USA ein wichtiger und verlässlicher Partner, auf den Deutschland „notwendig und alternativlos angewiesen“ bleibe.

Deshalb müsse jeder, der ein Interesse an einer engeren „Kooperation in einer multipolaren Weltordnung“ habe, zuerst das

transatlantische Verhältnis stärken. Ohne Vertrauen sei dies jedoch nicht möglich. Ausdrücklich wies der Außenexperte darauf hin, dass die Verantwortung für den Irak-Krieg bei Saddam Hussein liege, dessen verbrecherisches Regime bereits mehr als eine Million Opfer gefordert habe.

Wolfgang Schäuble forderte die Bundesregierung weiter auf, eine Befassung



des Bundestags mit den Einsätzen deutscher Soldaten in AWACS-Überwachungsflugzeugen über der Türkei sowie der ABC-Abwehrtruppen in Kuwait zu ermöglichen. Ansonsten seien die Soldaten gezwungen, sich in einer rechtlichen Grauzone zu bewegen. Zugleich sicherte er der Bundesregierung zu, die Union werde im Bundestag für die Einsätze stimmen.



### Europäische Union als „Sicherheitsverbund“ betrachtet

Außerdem machte der Fraktionsvize deutlich, jeder Versuch, die europäische Einigung als Gegengewicht zur atlantischen Gemeinschaft aufzubauen, werde Europa spalten. Denn gerade die neu hinzugekommenen Länder Mittel- und Südosteuropas betrachteten die Europäische Union nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs zuerst als „Sicherheitsverbund“. In diesem Zusammenhang bekräftigte Schäuble, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit für den europäischen Einigungspro-

zess „unverzichtbar“ sei, sofern die anderen Mitgliedstaaten weder abgestoßen noch bevormundet würden. Zusätzlich habe Deutschland jedoch auf eine enge Verbindung zur atlantischen Gemeinschaft zu achten. Schließlich habe Frankreich im Verhältnis zu den USA immer Wert darauf gelegt, eine „eigenständige Rolle zu spielen“.

### Großes und starkes Europa notwendig

Ausdrücklich sprach sich der Außenexperte für ein „großes und starkes Europa“ aus als Beitrag zur Festigung der atlantischen Partnerschaft. Eine multilaterale Führung werde es jedoch nur geben, wenn die

Europäische Union dazu ihren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beitrag auch tatsächlich leiste. Denn angesichts der neuen Bedrohungssituationen, beispielsweise durch eine asymmetrische Kriegsführung, reiche die bloße Vernichtungsfähigkeit nicht mehr aus, um potentielle Gewalttäter wirkungsvoll abzuschrecken.

### Verbrecher zukünftig vom Handeln abhalten

Schäuble mahnte, am Ende müsse sich das Recht zu seiner Durchsetzung auf die notwendigen Machtmittel stützen können. In diesem Zusammenhang gab er zu bedenken, dass das demütigende Scheitern der USA möglicherweise ein noch größeres Risiko für die Stabilität auf der Welt bedeuten würde als „die vielen Übel“, die mit einem Krieg gegen den Irak verbunden seien. In jedem Fall sollten bei einem „nächsten Mal“ Verbrecher durch die „Einigkeit der westlichen Staatengemeinschaft“ von vornherein von ihrem Handeln abgehalten werden.



# Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 18. März

**Am 18. März erklärte der amerikanische Präsident gegenüber der Öffentlichkeit, der irakische Diktator Saddam Hussein könne mit seiner Ausreise und die seiner Söhne innerhalb von 48 Stunden einen Krieg im Irak verhindern. Zu diesem Ultimatum gab die CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgende Erklärung ab:**

**1.** Saddam Hussein und sein Terrorregime im Irak tragen die Verantwortung für die Krise und ihre Zuspitzung. Seit 12 Jahren weigert sich der Irak, der Verpflichtung nachzukommen, seine Massenvernichtungswaffen vollständig und überprüfbar abzurüsten und die zahlreichen offenen Fragen der VN-Inspektoren klar und eindeutig zu beantworten. Hussein ist verantwortlich für den Tod tausender unschuldiger Menschen in den vergangenen 12 Jahren. Zudem hat er immer wieder falsche oder unzureichende Angaben gemacht. Saddam Hussein hat damit erhebliche Verletzungen der VN-Resolution 1441 begangen, obwohl ihn der Si-

cherheitsrat wiederholt vor „ernsthaften Konsequenzen“ gewarnt hat, wenn er weiter gegen seine Verpflichtungen verstößt.

**2.** Wir bedauern, dass der Einsatz militärischer Mittel wahrscheinlich geworden ist und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen es nicht vermocht hat, in der Frage der vollständigen und bedingungslosen Entwaffnung des Irak eine geschlossene Haltung zu wahren, obwohl er einstimmig die Gefahr für den Weltfrieden festgestellt hat. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Erfahrungen des 11. September 2001 ist die Entscheidung der Vereinten Staaten von Amerika zu sehen. CDU und CSU unterstützen die Aufforderung an den irakischen Diktator Saddam Hussein, sein Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Saddam Hussein hat jetzt eine allerletzte Chance, unverzüglich auf-

zugeben und damit einen Beitrag zu leisten, den Frieden zu wahren. Die Staatengemeinschaft muss – unabhängig davon – alles tun, um die Lebensgrundlagen des irakischen Volkes zu erhalten und zu verbessern.

**3.** CDU und CSU sind von Anfang an dafür eingetreten, die dauerhaft gesicherte Abrüstung des Irak von Massenvernichtungswaffen durch gemeinsame Entscheidungen des Weltsicherheitsrates und gemeinsames Handeln durchzusetzen. Das Ziel bleibt richtig: auf der Basis der Resolution 1441 einen skrupellosen, unberechenbaren Diktator zu entwaffnen, unter dem die Menschen seines Landes leiden, der seit vielen Jahren ein Faktor der Unsicherheit und Instabilität im Nahen Osten und eine Gefahr für den Weltfrieden ist.

**4.** Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat es nicht vermocht, in der Frage

<http://>

**Aktuelle Informationen zum Irak-Krieg  
finden sie im Internet unter:  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de) und [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)**

ANGELA MERKEL:

## „Wir alle halten den Atem an“

der Entwaffnung des Irak eine geschlossene Haltung zu wahren. Viele Seiten tragen dafür Verantwortung. Die Bundesregierung hat dazu durch ihre einseitige und vorzeitige Festlegung einen verhängnisvollen Beitrag geleistet. Jetzt sollten keine weiteren Schritte unternommen werden, die im Ergebnis lediglich Druck von Saddam Hussein nehmen. Auch in den verbleibenden Stunden sollte jede Chance zu einer friedlichen Konfliktlösung mit vollständiger Entwaffnung Saddam Husseins genutzt werden.

5. Die europäische Einigung wie das Atlantische Bündnis sind schwer beschädigt. Dieser Weg darf nicht fortgesetzt werden. Anstelle von neuen „Achsenbildungen“ brauchen wir europäische Geschlossenheit als Beitrag zur Stärkung der atlantischen Partnerschaft. In diesem Sinne bleiben die NATO, die Europäische Union, die deutsch-französische und die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Durch Rückgewinnung von gegenseitigem Vertrauen müssen partnerschaftliche Abstimmung und gemeinsames Handeln der Weltgemeinschaft verbessert werden.

**Am 19. März fand im Deutschen Bundestag anlässlich der Haushaltsberatungen die Debatte über den Kanzleretat statt. Im Mittelpunkt dieser Beratungen stand die Irakkrise. Dazu führte Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel unter anderem aus:**

„Wir alle halten in diesen Stunden den Atem an. Wir sind betroffen, dass die Wege, die zu einer friedlichen Lösung hätten führen können, vielleicht in einer Sackgasse enden. Wir sind voller Sorge um die Menschen im Irak, um die Soldatinnen und Soldaten und um die Sicherheit.

Auch das Gefühl des Ärgers und der Fassungslosigkeit darüber, dass der Westen, dass die demokratischen Länder sich über diese Sache so haben zerstreiten müssen, kommt dazu.

Heute ist die Stunde, in der wir bei aller Gemeinsamkeit der Gefühle ganz offen und ganz ehrlich über die Alternativen und über die Unterschiede sprechen. Die Fragen um Frieden und Freiheit können auf gar keinen Fall, auch nicht in Bezug auf den

Irak, so beantwortet werden, dass man ausschließlich darüber spricht, wie viele Opfer es jetzt kosten könnte, wenn militärisch eingegriffen wird, sondern wir müssen uns auch vor Augen führen, wie viele Opfer Saddam Hussein schon gekostet hat, wie viele Leute er auf dem Gewissen hat und wie viele es noch kosten könnte, wenn er weiter im Amt bleibt.

Im Falle des Iraks handelt es sich nicht um einen Präventivschlag, sondern um die Frage, wie die UNO und der UN-Sicherheitsrat ihre Beschlüsse auch wirklich durchsetzen können. Es handelt sich nicht um die erste Resolution, sondern um die 17. Resolution. Es geht hier natürlich um die Autorität des UN-Sicherheitsrates und darum, ob in Zukunft in der Lage sein wird, wichtige Resolutionen auch durchzusetzen. Diese Durchsetzung muss uns gelingen, egal zu welchem Ergebnis wir im Zusammenhang mit dem Irak kommen.

Die Unterschiede zwischen Ihnen und uns im Zusammenhang mit dem Irak waren schon zu einem ganz frühen Zeitpunkt sichtbar,



als Sie nämlich militärische Mittel von vornherein ausgeschlossen haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass man das in diesem Falle niemals hätte tun dürfen, genauso wenig, wie man es in anderen Fällen getan hat. Die einzige Möglichkeit, einen Diktator zum Einlenken zu bringen, ist, dass man mit der letzten Konsequenz, also mit militärischen Optionen, droht. Es ist unsere Überzeugung, dass man so handeln muss, um 17 Resolutionen Nachdruck verleihen zu können.

Krieg ist niemals die Fortsetzung von Politik mit normalen Mitteln. Das darf Krieg niemals werden. Aber ich sage auch: So wie wir uns als Deutsche die Entscheidung, ob wir militärische Aktionen billigen, nicht leicht machen sollten, so dürfen wir es uns wegen unserer Geschichte auch nicht so leicht machen, sie von vornherein auszuschließen. Paul Spiegel hat doch Recht gehabt, als er gesagt hat: Die KZs sind nicht von Zivilisten, sondern von Soldaten befreit worden. Auch das ist Teil der deutschen Geschichte.

Wir sind der Überzeugung: Der erfolgreichste Weg, um militärische Aktionen zu vermeiden, wäre gewesen, dass wir, die Demokraten dieser Welt, also die

Europäische Union und ihre Verbündeten, den Druck auf Saddam Hussein gemeinsam erhöht hätten.

Es geht doch nicht um die Frage, ob man Frieden will oder ob man Soldaten in den Irak schicken will. Es geht vielmehr um die Frage – das ist die Alternative –, ob man es durch Einigkeit der Demokraten, die gemeinsam eine Resolution verabschiedet haben, oder ob man es durch Uneinigkeit besser schafft, dass diese Resolution durchgesetzt wird. Dazu sage ich mit allem Nachdruck – so bedauerlich es ist; wir werden uns mit dieser Frage noch lange beschäftigen –: Sie haben durch Ihre Haltung, die Einigkeit nicht befördert hat, den Krieg im Irak wahrscheinlicher und nicht unwahrscheinlicher gemacht.

Wir bedauern im Übrigen so wie Sie, dass die Lage im UN-Sicherheitsrat jetzt so ist, dass er in keine Richtung handlungsfähig ist. Ich füge hinzu, dass an der Entwicklung des Zustandes, so wie er jetzt besteht, viele beteiligt gewesen sind. Da nehme ich die USA überhaupt nicht aus.

Das, was den Irak anbelangt, wird uns noch lange beschäftigen. Denn dies ist ein Ereignis, das weit über den heutigen Tag hinausgeht und über die Struktur der Welt und die sicherheitspoli-

tische Ordnung viel aussagen wird. Der Bundesaußenminister hat oft auf die Risiken hingewiesen, die mit einer militärischen Aktion, mit einem Krieg im Irak verbunden sind. Das respektiere ich; darüber habe ich viel nachgedacht. Aber ich muss Ihnen sagen: Denken Sie bitte auch darüber nach, was damit verbunden ist, wenn wir gar nichts tun, wenn wir die 18., 19. und 20. Resolution verabschieden und weitere zwölf Jahre im Irak nichts passiert.

Es stellt sich mir eine weitere Frage, die für mich genauso wichtig ist. Wir haben jetzt die Blockade des UN-Sicherheitsrates erlebt. So etwas muss für die Zukunft verhindert werden. Aber wir sagen: Das Gewaltmonopol muss bei der UNO liegen. Aber die militärische Drohkulisse kann und wird auf absehbare Zeit von der UNO nicht aufgebaut werden, sondern sie wird durch Nationalstaaten erzeugt werden.

Deshalb heißt unsere Schlussfolgerung angesichts der Lage und bedauerlicherweise: Es ist ein ziemliches Desaster, in dem wir uns befinden. Angesichts dieser Situation haben wir gesagt: Wir unterstützen als letzte Chance des Friedens das Ultimatum, das dem Diktator Saddam Hussein gestellt ist.“

FRIEDRICH MERZ:

## Rot-Grün legt **Karikatur** eines Bundeshaushaltes vor

Vom 18. bis 20. März debattierte der Deutsche Bundestag abschließend den Bundeshaushalt 2003. Die Abgeordneten von CDU und CSU warfen der rot-grünen Bundesregierung vor, die Eckdaten für den Bundeshaushalt zu optimistisch angesetzt zu haben. **Resultat: Wie schon im Vorjahr werde der Haushalt nicht zu halten sein.**

„Diese Karikatur eines Bundeshaushaltes wird im Schatten einer internationalen Krise durch den Bundestag gebracht“, stellte Friedrich Merz für die Unionsfraktion zu Beginn der abschließenden Haushaltsberatungen fest.

Beispielhaft nannte Merz, die Regierung gehe noch immer davon aus, dass die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr keinen Zuschussbedarf haben werde. Weitere Risiken für den Etat lägen in der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wirtschaftsforschungsinstitute hätten inzwischen ihre Prognosen nach unten korrigiert. Auch sei das von der Regierung geplante Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen in den Etat eingeplant, obwohl



dieses Gesetz nicht zustande kommen werde, fügte Merz mit Blick auf die Unionsmehrheit im Bundesrat hinzu.



### Maastricht-Vertrag nicht in Frage stellen

Nachdrücklich warnte Merz die Bundesregierung davor, den Maastricht-Vertrag in Frage zu stellen. Wer sich nicht an den EU-Stabilitätspakt halten wolle, gefährde auch in der Finanzpolitik den Zusammenhalt in der EU. Bundesfinanzminister Eichel (SPD) müsse nun deutlich machen, wie er die Etatriskiken so unter Kontrolle halten wolle, dass er das Defizitkriterium in diesem Jahr nicht erneut überschreite.

Merz prangerte die „traurige Realität“ dieses Haushaltes an, wie sie bei den Betrof-

fenen ankomme. Die Bundesregierung kürze auf breiter Front bei Forschungseinrichtungen und -programmen und entziehe damit den Forschungseinrichtungen in Deutschland zu einem Zeitpunkt Mittel, zu dem eigentlich mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsste.

Zum Auftakt warf der Dietrich Austermann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der Unionsfraktion, dem Finanzminister vor, sein Etatentwurf sei an Realitätsferne nicht zu überbieten. Milliarden-schwere Haushaltsrisiken seien nicht berücksichtigt. Der Etatentwurf sieht Ausgaben von 248,2 Milliarden Euro vor. Die Neuverschuldung soll 18,9 Milliarden Euro betragen.

Austermann erneuerte im Bundestag den Vorwurf an Eichel, vor der Bundestagswahl die Menschen betrogen und belogen zu haben. Die Bundesregierung rechne zwar inzwischen selbst mit einem Wirtschaftswachstum von weniger als einem Prozent, habe dies aber in dem Etatentwurf nicht berücksichtigt.



WOLFGANG BOSBACH:

## Union für mehr **Integration** statt mehr Zuwanderung

**Obwohl das Bundesverfassungsgericht den Gesetzentwurf zur Zuwanderung am 18. Dezember des vergangenen Jahres gestoppt hatte, hat die rot-grüne Bundesregierung ihren Gesetzentwurf jetzt ohne Änderungen erneut in den Bundestag eingebracht.**

Für den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, ist dies ein Beweis dafür, dass es der rot-grünen Bundesregierung nicht um einen echten Kompromiss mit der Union, sondern um Konfrontation geht. Die Koalition habe wohl darauf spekuliert, im Bundesrat die unionsgeführten Bundesländer auseinanderdividieren zu können, sagte er in der Debatte zur erneuten ersten Lesung des Gesetzes im Deutschen Bundestag.

„Dieses Bemühen wird ebenso scheitern, wie der unappetitliche Versuch, das Gesetz mit Hilfe eines wohlkalkulierten Verfassungsbruches durch den Bundesrat peitschen zu können“,



kündigte der Innenexperte der Unionsfraktion an.

### Rot-Grün erschwert Steuerung von Zuwanderung

Das Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung verfolgt nach Ansicht von Wolfgang Bosbach das Ziel, Deutschland zu einem „klassischen, multikulturellen Einwanderungsland“ zu machen. Die Steuerung von Zuwanderung würde erschwert. Dies diene nicht den Interessen des Landes.

Das beliebteste Argument für das Gesetz laute:

alle gesellschaftlich-relevanten Gruppierungen seien dafür. Nur die Union sei dagegen! „In dieser Auflistung fehlt allerdings eine Gruppe, die jedenfalls für die Union eine große gesellschaftliche Bedeutung hat – und das ist die Bevölkerung! Über 80 Prozent wollen nämlich gerade keine Ausweitung der Zuwanderung, sondern weit überwiegend deren Reduzierung“, betonte der Zuwanderungsexperte unter großem Applaus der Unionsfraktion.

Demgegenüber warf er der rot-grünen Regierungskoalition vor, die Bevölkerung über die Folgen des Gesetzes täuschen zu wollen: Die Bundesregierung versuche der Bevölkerung den falschen Eindruck zu vermitteln, dass das Gesetz die Zuwanderung nicht ausweite, sondern sogar reduziere. In der Begründung des Gesetzentwurfes werde aber das öffentliche Interesse an einer Zuwanderungsbegrenzung oder dem Anwerbestopp aufgegeben. Der Anwerbestopp war im Jahr 1973 von Bun-



deskanzler Willy Brandt (SPD) bei einer Arbeitslosenquote von nur 1,2 Prozent erlassen worden, weil ein weiterer Zuzug angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt ausländischer Arbeitnehmer nicht verantwortbar sei.

### Zuwanderung für Arbeitsmarkt keine Lösung

Deutschland müsse sich zwar weiter um hochqualifizierte Fachkräfte kümmern, doch dies sei auch nach geltendem Recht möglich. Der Fraktionsvize bekräftigte, angesichts der „dramatischen Situation“ auf dem Arbeitsmarkt müsse die Politik sich um die Vermittlung und Qualifizierung von hiesigen Arbeitslosen kümmern, und nicht Ausländer ins Land holen. Auch die demografischen Probleme seien nicht mit mehr Zuwanderung zu lösen. Wichtiger sei eine kinderfreundlichere und bessere Familienpolitik.

Er hielt Rot-Grün vor, bei der Zuwanderung zu weit, bei der Integration aber bei weitem nicht weit genug zu gehen. Die Eingliederung von Ausländern in die Gesellschaft müsse

deutlich verbessert werden, betonte der Bundestagsabgeordnete.

„Richtigerweise sollte der Schwerpunkt des Gesetzes bei mehr Integration liegen.“ Die Regelungen für eine bessere Integration seien jedoch halberzig und von dem Bemühen getragen, Kosten vom Bund auf die Länder und die Kommunen abzuwälzen. Wenn der Bund Rechtsansprüche auf Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen gewähre, müsse er aber auch die Kosten hierfür tragen, forderte Wolfgang Bosbach. Außerdem seien wirksame Sanktionen für diejenigen, die sich standhaft weigern, an solchen Kursen teilzunehmen erforderlich.

### Zustimmung der Union nur bei grundlegenden Änderungen

Eine Zustimmung der Union zu dem Gesetz sei nur bei grundlegenden Änderungen möglich. „Wenn Rot-Grün nicht bereit ist, substantielle Änderungen vorzunehmen, sondern allenfalls kosmetische Korrekturen, dann wird das Gesetz im Bundesrat scheitern“, kündigte er an.

„Wir werden keinem Gesetz zustimmen, das den Interessen des Landes nicht dient. Weder heute noch morgen.“

### Bundesrat hat umfassende Überarbeitung gefordert

Der Bundesrat hat unter dessen in einer Stellungnahme an die Bundesregierung eine umfassende Überarbeitung des vorliegenden Gesetzentwurfes in den Bereichen Zuwanderung und Integration gefordert. Die Bundesregierung werde deshalb mit Nachdruck aufgefordert, „in den weiteren parlamentarischen Beratungen einen von einer breiten Mehrheit getragenen Konsens zu suchen“.

Auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller forderte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ddp ein deutliches Entgegenkommen der Bundesregierung als Voraussetzung für einen Kompromiss. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung habe im Bundesrat keine Mehrheit, betonte er. Die Regierung werde darlegen müssen, wo sie bereit sei, auf die Union zuzugehen.

# Gedankenaustausch zwischen EKD und CDU

Zu einem ihrer regelmäßigen Gespräche sind am Dienstagabend Vertreter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter der Leitung des Ratsvorsitzenden, Präses Manfred Kock, und Präsidiumsmitglieder der CDU unter der Leitung der CDU-Bundvorsitzenden Angela Merkel in Berlin zusammen gekommen. Neben der Irakkrise wurde über Reformen im Sozialsystem, die Zuwanderung und Fragen der Bioethik gesprochen.

Angela Merkel begrüßte, dass EKD und CDU trotz teilweise unterschiedlicher Auffassung in gutem Gedankenaustausch miteinander stehen. Die evangelische Kirche wolle nicht selber Politik machen, so Manfred Kock. Öffentliche Diskussionsbeiträge sollten aber die Menschen in politischer Verantwortung anregen, „bessere Politik mög-

lich zu machen“. Deshalb suche die Kirche auch das Gespräch mit den politischen Parteien.

In der Frage des Irakkrieges stimmten Union und EKD darin überein, dass militärische Gewalt nur ein allerletztes Mittel sein könne. Es müsse stets alles versucht werden, friedliche Konfliktlösungen herbeizuführen. Der Rat der EKD blieb allerdings bei der friedensethischen Ablehnung des Krieges, wie er es schon im Januar formuliert hat.

Die CDU-Vorsitzende begrüßte, dass beim Thema Zuwanderung die Evangelische Kirche ebenso wie die CDU Priorität auf die Integration hier lebender Ausländer legt. Differenzen stellten die beiden Delegationen beim Nachzugsalter und bei Fragen der Duldung abgelehnter Asylbewerber fest. Schließlich würdigte Dr. Angela Merkel die besondere Rolle, die die Kirchen beim dringend notwen-

digen Prozess der Modernisierung Deutschlands spielen, und sie würdigte die Annäherung der Positionen von EKD und Union auf dem Gebiet der Bio-Ethik.

Mut sei bei all diesen Themen notwendig, betonte der EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock: „Mut zu Reformen des Sozialstaates, Mut zur Verteidigung des internationalen Rechtsfriedens, Mut zur Integration von Menschen ausländischer Herkunft in die deutsche Gesellschaft und Mut zur Unvollkommenheit des Menschen angesichts der Perfektionszwänge im Bereich der Biotechnologien.“ Es sei kein Geheimnis, dass die Positionen der EKD in der Irakkrise, bei der Zuwanderung und im „Blick auf die Prioritätenwahl bei der Arbeitsmarktpolitik“ nicht immer mit denen der CDU übereinstimmen. Umso wichtiger sei es, sich darüber austauschen zu können.

IMPRESSUM

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333, Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

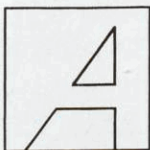


# „Spionageprozess“ endet mit Freispruch

Der so genannte Spionageprozess gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung, drei weitere deutsche politische Stiftungen und das Orient-Institut in der Türkei ist jetzt mit Freisprüchen zu Ende gegangen. Das Staatssicherheitsgericht in Ankara entlastete die 15 Angeklagten vom Vorwurf der Geheimbündelei gegen den türkischen Staat.

Den Vertretern der vier Stiftungen und des Orientinstituts war vorgeworfen worden, den Widerstand einer türkischen Bürgerinitiative gegen den Abbau von Gold mit giftigem Zyanid gefördert zu haben. Die deutsche Seite hatte die Vorwürfe von vornherein als „absurd“ zurückgewiesen. Dem hat sich das türkische Staatssicherheitsgericht in seinem Urteil jetzt angeschlossen. Es seien keine Beweise für die Vorwürfe präsentiert worden, sagte der Vorsitzende Richter zur Begründung.

„Ich bin sehr erleichtert“, sagte der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wulf Schönbohm, nach dem Richterspruch.



Konrad  
-Adenauer-  
Stiftung

Wie seinen Kollegen von der Friedrich-Ebert-, Heinrich-Böll- und Friedrich-Naumann-Stiftung sowie des deutschen Orient-Instituts drohte Schönbohm wegen „geheimer Absprachen gegen die Sicherheit des türkischen Staates“ eine Haftstrafe von bis zu 15 Jahren. „Ich habe auf die Unabhängigkeit der Justiz vertraut und habe damit richtig gelebt“, so Wulf Schönbohm.

Mit Erleichterung und Freude hat auch der Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wilhelm Staudacher, den Freispruch aufgenommen: „Es war von Anfang an klar, dass die Vorwürfe wegen Spionage und Geheimbündelei gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung jeder Grundlage entbehrten.“ Vielmehr habe die Konrad-Adenauer-Stiftung durch ihre bisherige Tätigkeit deutlich unter Beweis gestellt, dass sie sich in besonderer Weise der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und einer Poli-

tik aus christlicher Verantwortung heraus verpflichtet fühle.

Erfreut zeigte sich Wilhelm Staudacher auch über den Freispruch der anderen Stiftungen und des Orient-Instituts. „Ich habe zu keiner Zeit daran gezweifelt, dass auch in diesem Falle die Vorwürfe in jeder Hinsicht substanzlos waren.“ Das Urteil, so der Generalsekretär weiter, zeige auch, dass die türkische Justiz rechtsstaatlich und korrekt den haltlosen Vorwürfen nachgegangen sei.

Obwohl der Prozess eine „große Belastung“ für die Arbeit der Stiftungen gewesen sei, werde die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Arbeit in der Türkei auch in Zukunft fortsetzen, betonte Wulf Schönbohm. Er verwies allerdings darauf, dass der Prozess den deutsch-türkischen Beziehungen geschadet habe.

Während Beobachter den Prozess als Teil einer Kampagne EU-feindlicher Kräfte in der Türkei werteten, hatten sich Vertreter der türkischen Regierung öffentlich von dem Prozess distanziert.

# Angelika Volquartz gewinnt **Stichwahl**

**Erstmals nach 57 Jahren wird die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel künftig von einer CDU-Oberbürgermeisterin regiert.**

In der Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters erreichte die CDU-Kandidatin Angelika Volquartz am 16. März 59,4 Prozent der Stimmen und schlug ihren sozialdemokratischen Konkurrenten damit klar. Mit einem so deutlichen Sieg habe sie nicht gerechnet. „Ich bin total überwältigt und freue mich riesig“, so die erste Reaktion der CDU-Kandidatin.

Beim ersten Wahlgang am 2. März hatte die Bundestagsabgeordnete die absolute Mehrheit mit 49,7 Prozent nur knapp verpasst. Lediglich 173 Stimmen hatten ihr damals zur erforderlichen absoluten Mehrheit gefehlt.

Mit Angelika Volquartz haben die Kieler erstmals in der Geschichte der Stadt eine Frau zur Oberbürgermeisterin gewählt. Die 56-jährige gehört dem Bundestag an und ist Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Bevor sie 1998 in den Bundestag wechselte, gehörte sie sechs



Foto: dpa

Jahre dem Landtag von Schleswig-Holstein an. Auch hier kümmerte sich die ehemalige Realschulleiterin schwerpunktmäßig um Bildungsfragen.

Seit 1993 ist Angelika Volquartz Kreisvorsitzende der Kieler CDU und seit 1998 stellvertretende CDU-Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein. Sie gehört dem CDU-Bundesvorstand seit dem Jahr 2000 an.

## Viel Arbeit im neuen Amt

Auf die neue Oberbürgermeisterin wartet, wenn sie im Juni das neue Amt offiziell übernehmen wird, viel Arbeit. „Vor allem möchte ich die Herzen derjenigen erobern, die mich heute nicht gewählt haben“, sagte sie und betonte, dass

sie „eine Verwaltungschefin für alle“ sein wolle. Politisch bewertete sie ihren Sieg „als klares Signal dafür, dass die Kieler den Wechsel wollten“.

Zusammen mit einer gestärkten CDU-Ratsfraktion, die bereits bei den Kommunalwahlen am 2. März mit einem Ergebnis von 44,6 Prozent die SPD als stärkste Kraft in der Landeshauptstadt abgelöst hatte, hat sich die neue Oberbürgermeisterin viel vorgenommen. Ein besseres Klima zwischen Unternehmen und städtischer Verwaltung müsse geschaffen, kürzere Wege zum Erfolg müssten eröffnet und bürokratische Hindernisse müssten abgebaut werden. „Wer in Kiel einen Betrieb aufmachen will, soll nicht mehr länger als drei Monate auf die Genehmigung warten“, so die neue Rathaus-



chefin. Wirtschaft, Wissen-schaft und Bildung in der Landeshauptstadt müssten deutlich gestärkt werden.

Der CDU-Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen gratulierte der Gewinnerin im Namen der CDU Schleswig-Holstein von ganzem Herzen und dankte allen Helfern und Unterstützern, die zu dem Erfolg beigetragen haben.

Die Union habe das Siegen in den Städten wieder ge-

lernt, so der CDU-Landeschef. Er bewertete das Ergebnis als einen „Meilenstein auf dem Weg zum Machtwechsel“ bei der Landtagswahl im Frühjahr 2005. Deshalb werde sich die Landes-CDU jetzt sachlich für die Landtagswahlen positionieren und Alternativen zur rot-grünen Regierung aufzeigen.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer nannte den Sieg in Kiel einen „Riesener-

folg“, der das tolle Kommunalwahlergebnis der schleswig-holsteinischen CDU komplett mache. Die CDU habe eindrucksvoll gezeigt, dass sie in allen Teilen Deutschlands und insbesondere im Norden Wahlen gewinnen könne. „Auch diese Wahl macht sehr deutlich, dass die SPD und die rot-grüne Bundesregierung das Vertrauen der Menschen verspielt hat“, fügte der Generalsekretär hinzu.

## NPD-VERBOTSVERFAHREN

# Bundesregierung hat **Einstellung** zu verantworten

**Zur Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen:**

„Die Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht ist allein darauf zurückzuführen, dass die Bundesregierung schon die Anträge gegen die rechtsextreme Partei dilettantisch vorbereitete und sich allein auf die Informationen des Bundesinnenministeriums stützte, die mit fragwürdigen Methoden durch V-Leute ermittelt



wurden und sich als falsch und unzulänglich herausgestellt haben.

Fundierende Informationen und sachliche Argumente hätten alle Richter des Bundesverfassungsgerichts überzeugt, so dass es zu der für ein Verbot der NPD erforderlichen Zweidrittelmehrheit im zweiten Senat gereicht hätte. Die Bundesregierung hätte auf die Qualität, nicht die Quantität der Klagen bauen sollen.

Der von der CDU/CSU-Fraktion von Anfang an kritisierte, von der Regierungskoalition initiierte eigene Antrag des Bundestages hat dem Verfahren mehr geschadet als genützt. Mit der Einstellung des Verbotsverfahrens erhält die NPD in der Öffentlichkeit den Stempel der Verfassungskonformität.

Diese fatale Konsequenz hat die Bundesregierung mit ihrem dilettantischen Vorgehen in dem gesamten Verfahren zu verantworten. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich immer für ein Verbot der rechtsextremistischen Partei NPD ausgesprochen.“

KATHERINA REICHE,  
HUBERT HÜPPE:

## Gentests gesetzlich regeln



**Anlässlich der Einbringung des Antrags „Gentests in Medizin, Arbeitsleben und Versicherungen“ erklären die forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Belange der Menschen mit Behinderungen:**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert mit dem Antrag die Bundesregierung auf, endlich den bereits in der vergangenen Legislaturperiode und dann im Koalitionsvertrag angekündigten Gesetzentwurf zur Regelung von Gentests vorzulegen.

Genetische Daten sind besonders sensible persönliche Gesundheitsdaten, die auch Informationen über Verwandte offenbaren können. Gerade um die positiven Chancen genetischer Diagnostik nutzen zu kön-

nen, bedarf es gesetzlicher Regelungen, die Qualitätsanforderungen absichern und Schutz vor Missbrauch und sozialer, ethnischer und eugenischer Diskriminierung bieten.

Hierzu hat die Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ in der letzten Wahlperiode bereits kompetente Vorarbeit geleistet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion greift die Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Regelung der Anwendung von Gentests in Medizin, Arbeitsleben und Versicherungswesen auf.

### Freiwilligkeit steht im Vordergrund

Grundlegendes Prinzip für die Anwendung genetischer Diagnostik ist die Freiwilligkeit nach umfassender und sachgerechter ärztlicher Aufklärung. Ein Gentestgesetz hat das Recht jedes Menschen, die eigenen genetischen Befunde zu kennen, genauso sicherzustellen wie das Recht, diese nicht zu kennen (Recht auf Nichtwissen).

Ungeprüfte Gentests dürfen nicht auf den Markt gelangen. Daher muss die Zulassung eines Tests an

die Erfüllung von Qualitätskriterien gebunden werden.

Zum Schutz von Arbeitnehmern und Versicherten bedarf es eines generellen Verwertungsverbotes von genetischen Befunden. Eine Ausnahme kann allenfalls sein, dass Versicherungsnehmer, die ihren Gentestbefund kennen, das Testergebnis auf Nachfrage mitteilen müssen, wenn sie den Abschluss einer Lebensversicherung mit einer ungewöhnlich hohen Summe beantragen. Diese Grenze ist gesetzlich festzulegen.

Um Standards festzulegen und die gendiagnostische Entwicklung unter wissenschaftlichen, ethischen und sozialen Aspekten zu beobachten und auszuwerten, ist eine interdisziplinäre besetzte Gendiagnostik-Kommission einzurichten, die dem Deutschen Bundestag regelmäßige Berichte vorlegt.

Der rasche Fortschritt der humangenetischen Forschung, der Zuwachs an diagnostischen Möglichkeiten und die zu erwartende weitere Zunahme sowohl der Zahl der Anbieter als auch der Inanspruchnahme genetischer Diagnostik verlangen zügiges Handeln des Gesetzgebers.



ANDREAS STORM,  
HILDEGARD MÜLLER:

## Bei Renten- besteuerung noch viele **Fragen** offen



**Zum Gutachten der Sachverständigenkommission zur Neuordnung der steuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die zuständige Berichterstatterin:**

Der Vorschlag der Sachverständigenkommission für einen schrittweisen Übergang zur nachgelagerten Rentenbesteuerung ist im Grundsatz zu begrüßen. Die Union hat bereits seit langem einen solchen Systemwechsel gefordert. Im Jahr 2001 hat die rot-grüne Bundesregierung die Chance verpasst, die Rentenbesteuerung zusammen mit ihrer Rentenreform zu verabschieden.

Allerdings besteht nach Vorlage des Abschlussberichts noch Klärungsbedarf. So hält der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger den Vorschlag der Kommission für überarbeitungsbedürftig, weil er zu einer verfassungswidrigen Doppelbesteuerung führt. Soweit nach dem Abschlussbericht ein Standardrentner bis zum Jahr 2013 steuerunbelastet bleiben soll, ist dieser Vorschlag auf seine Verteilungswirkungen zwischen den Generationen hin zu überprüfen. Denn der Vorschlag bedeutet letztlich, dass die mittlere Generation der heute 50-Jährigen mit einer Standardrente von der Rentenbesteuerung betroffen sein wird.

Außerdem bestehen gegen die unterschiedliche steuerrechtliche Behandlung der sog. Riester-Produkte und der traditionellen Kapitalanlageprodukte große Bedenken. So bedeutet die für die kapitalbildende Lebensversicherung vorgesehene Beseitigung des Sonderausgabenabzugs für Beiträge in der Ansparphase und der Steuerfreiheit der Erträge im Zeitpunkt der Kapitalauszahlung letztlich das Aus der Lebensversicherung. Angesichts der bisher enttäu-

schenden Abschlusszahlen der Riester-Verträge ist es mehr als fragwürdig, eine bisher funktionierende Alterssicherung durch einen Ladenhüter wie die Riester-Rente abzulösen.

## Rentenreform muss neu aufgerollt werden

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung am letzten Freitag eine Neufassung der Rentenformel angekündigt. Auf die anstehende Rentenbesteuerung ist er mit keinem Wort eingegangen, obwohl die Details zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt gewesen sein dürften. Die Rentenbesteuerung muss mit dieser Neufassung der Rentenformel verzahnt werden, weil bei einer steuerlichen Entlastung der Aktiven bei gleichzeitiger steuerlicher Belastung der Rentner ein Absinken des Nettorentenniveaus unausweichlich ist. Das mit der Rentenreform angestrebte Rentenniveau von langfristig 67% kann damit nicht eingehalten werden. Die gesamte Rentenreform muss erneut aufgerollt werden. Bei einer Überarbeitung der Reform ist die Union zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit.

# Schröders **Regierungserklärung** – und was Deutschland jetzt **wirklich** braucht

**Schröders Regierungserklärung am 14. März 2003 wurde den Erwartungen nicht gerecht. Anstelle eines mutigen Konzeptes präsentierte er bloß vages „Klein-Klein“. Ein Überblick:**

## **Gemeindefinanzen – bloß Verweis auf Kommission:**

■ „Die Bundesregierung wird zum 1. Januar 2004 die Gemeindefinanzen reformieren. Zur Zeit arbeitet eine Kommission an der Umsetzung der Reform.“

## **Thema Steuerreform – nichts Neues:**

■ Umsetzung der bekannten Schritte zum 1. Januar 2004 und am 1. Januar 2005

■ Schröder hält an den Steuererhöhungen des „Steuervergünstigungsabbaugesetzes“ fest

## **Arbeitsmarkt/Sozialhilfe: Schröder bleibt fast überall vage**

■ Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollen zusammengelegt werden – auf einer Höhe, die „in der Regel“ dem Niveau der Sozialhilfe entspricht.

■ Der Arbeitsmarkt soll

„über die Hartz-Reformen hinaus“ geöffnet werden.

■ Wer zumutbare Arbeit ablehnt, der wird „mit Sanktionen“ rechnen müssen. Die Zumutbarkeitskriterien sollen „verändert“ werden.

## **Mittelstand – nichts Konkretes:**

■ „Und wichtig ist auch, dass wir mittelständischen Betrieben die Möglichkeit geben, ihre Eigenkapitalbasis zu stärken. Dazu sind gesetzliche Initiativen in Arbeit.“

## **Unklarheit bei betrieblichen Bündnissen für Arbeit:**

■ „In den Tarifverträgen muss durch geeignete Regelungen ein entsprechend flexibler Rahmen geschaffen werden.“

■ „Dazu ist unabdingbar, dass in den Tarifverträgen Optionen geschaffen werden, um den Betriebspartnern Spielräume zu bieten, Beschäftigung zu fördern und zu sichern.“

## **Kotau vor den Gewerkschaften**

■ „Wir werden das Recht auf Mitbestimmung nicht

antasten. Und wir werden auch die Flächentarifverträge nicht abschaffen.“

## **Ausbildungsabgabe:**

Schröder droht der Wirtschaft

■ „Jeder Ausbildungsplatzsuchende muss einen Ausbildungsplatz bekommen! (...) Wenn nicht, werden wir im Laufe des nächsten Jahres zu einer gesetzlichen Regelung kommen müssen.“

## **Unkonkret bei Rente:**

■ „Aus diesen beiden Gründen ist es nötig, bei der Rentenversicherung nachzujustieren. (...) Das heißt aber auch, dass wir von der Rürup-Kommission ergänzende Vorschläge erwarten, wie die Rentenformel entsprechend anzupassen ist.“

## **Unkonkret bei Gesundheit:**

■ „Zur Erneuerung des Gesundheitswesens brauchen wir aber einschneidende Kurskorrekturen. Ein Teil der notwendigen Maßnahmen wird im zuständigen Bundesministerium vorbereitet. Zum Finanzierungsteil wird die Rürup-Kom-



mission bis zum Mai ihre Vorschläge vorlegen.“

## Konkrete Forderungen für Deutschland:

**Angela Merkel hat als Fraktionsvorsitzende von CDU und CSU Schröders Rede ein Gesamtkonzept gegenüber gestellt und klare Maßnahmen eingefordert:**

**Ziel der Union ist es, dass Deutschland bis zum Jahre 2010 wieder an der Spitze in Europa steht.**

- Deutschland soll 2010 mit seinem Wachstum unter den ersten drei in Europa sein
- Deutschland soll 2010 so viel Arbeitsplätze haben wie die Niederlande, Großbritannien und Dänemark im Vergleich heute schon.
- Deutschland soll 2010 neben Finnland Spitze in Bildung und Forschung sein.

**Folgende zentrale Maßnahmen sind dafür notwendig:**

- Deutschland braucht mehr Investitionen in die Zukunft
- Die Investitionsquote des Bundes muss bis Ende der Legislatur von heute unter 10% wieder auf 14% angehoben werden.
- Die Forschungs- und Ent-

wicklungsausgaben müssen von 2,3% auf mindestens 3,3% des Bruttoinlandproduktes steigen.

- Wir müssen die Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Arbeitslose überwinden.
- Sozial ist, was Arbeit schafft: Für Selbständige wie für abhängig Beschäftigte.
- Kündigungsschutz: Wahlmöglichkeit zwischen Kündigungsschutz und gesetzlich gesicherter Abfindung schon bei der Einstellung (Optionsmodell)
- Liberalisierung im Handwerksrecht zugunsten qualifizierter Gesellen
- Bürokratieabbau: völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten bis auf Sonntag und Feiertage.
- Experimentierklauseln für die Neuen Bundesländer
- Betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglichen
- Konsequenter Kurs für Leistungsanreize
- Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe
- 25% Abschlag bei der Sozialhilfe für den, der angebotene Arbeit aus-schlägt
- Arbeitslosengeld degres-siv gestalten
- Große Reform der Einkommenssteuer – Spit-zensteuersatz unter 40%
- Arbeitsplätze international wettbewerbsfähig machen
- Lohnnebenkosten auf un-ter 40% senken
- Senkung des Kranken-versicherungsbeitrags auf höchstens 13%
- Senkung des Arbeitslo-senversicherungsbeitrags auf höchstens 5%
- Rentenversicherung: fak-tisches Rentenalter von derzeit weniger als 60 Jahren wieder auf 65 brin-gen
- Wiedereinführung eines ehrlichen demographi-schen Faktors
- Vertrauen in die Men-schen – Rückzug des Staates
- Staatsquote in den näch-sten 10 Jahren von heute fast 50% schrittweise auf 40% absenken
- Privatisierung öffentli-cher Aufgaben, wo immer das möglich ist
- Erhöhung der Gewerbe-steuerrumlage zurückneh-men – solide Gemeindefinanzreform – mehr Ein-nahmen statt mehr Kre-dite für die Kommunen
- Großer Reformkonvent für eine Föderalismusre-form



## DER KANZLER HAT NICHT ÜBERZEUGT

**Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“ kommentieren führende deutsche Tageszeitungen wie folgt:**

„Dass aber schon diese zusammenhanglose Aneinanderreihung von Einschnitten als mutig gelten muss, zeigt das erste Problem: Es heißt SPD. Die Fraktion zollte ihrem Kanzler im Bundestag 90 Minuten lang kaum mehr als Pflichtbeifall ... Das zweite Problem aber ist Gerhard Schröder selbst. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlt dem angeschlagenen Kanzler eine Grundidee, mit der er andere überzeugen könnte. Schröders angeblicher 'Mut zu Veränderungen' speist sich nicht aus einer Aufbruchstimmung, sondern aus Angst. Marktwirtschaft und Globalisierung schildert er nicht als Chance, sondern als Bedrohung ...“.

Financial Times Deutschland

„Schröder hat andere Erwartungen geweckt – und ist vor der eigenen Courage zurückgeschreckt. Wollte er nicht die Interessengruppen in die Schranken weisen, weil diese mehr dem eigenen Machtinteresse als dem Wohl der Bürger verpflichtet sind? Wollte er nicht den Menschen Mut machen zu mehr Eigenverantwortung und zugleich den Sinn dafür schärfen, daß diese Verantwortung ihren Preis hat? Das hat Schröder versprochen. Aber geliefert hat er das Gegenteil. Weiter so – mit ein paar Retuschen, aller Reformrhetorik zum Trotz. Wie der strenge Hausvater, der alle zur Ordnung ruft, trat der Kanzler auf. Wenn die Gewerkschaften kritisiert werden, müssen auch die Manager der Unternehmen eins hinter die Löffel kriegen. Das ist Paternalismus, nicht Liberalismus. Statt mit Mut für den Systemwechsel zu werben, um den Wohlfahrtsstaat zu retten, vergrub der Kanzler sich in Details“.

Frankfurter Allgemeine  
Sonntagszeitung

„An vielen Stellen ließ der Kanzler erkennen, dass er weiß, was zu tun ist und warum er den Bürgern die Opfer, die damit verbunden sind, nicht ersparen kann. Der unwiderstehliche Aufruf zu einem Aufstand der Krisenmüden war das jedoch nicht. Die Rede hätte ein Machtinstrument sein müssen, ein Mittel, nicht nur das Parlament, sondern das ganze Land davon zu überzeugen, dem Kanzler auf seinem Weg zu folgen. Dazu fehlte ihr aber die mitnehmende, mitreißende Linie, die von der Beschreibung der Lage über die Vorstellung der Mittel zu ihrer Überwindung hin zur hellen Zukunft eines sanierten Deutschlands hätte führen müssen. Der große Kommunikator ... schwächelte schon an der Stelle, an der die Tatsachen dramatisch einfach sind: dass der Sozialstaat Deutschland über seine Verhältnisse lebt und dem Bankrott immer näher rückt“.

FAZ

„Unter sorgfältiger Assistenz des Kanzleramts wurde



# NEU NPOST GRÜNDUNGSJAHR 1920 INTERNKUR WIRTSCHAFT

die Mär vom 'Wunder des 14. März' geboren und im Vorfeld dieses verheißungsvollen Termins landauf landab verkündet. Eine 'Ruck'-Rede, gegen die die berühmte Philippika eines Roman Herzog verblassen würde, sollte die Bürger aufrütteln. Vom 'Masterplan' wurde geschwärmt. Ein grüner Spitzenpolitiker kündigte eine 'Symphonie mit Paukenschlag' an. Das Wunder ist vorgestern ausgeblieben. Der 'große Wurf' zur notwendigen Reform dieses Staatswesens – Fehlanzeige. Der Kanzler glich einem Gutsherrn, der im Nebel von einem Feld zum anderen fährt, ohne zu wissen, wo er graben soll. Zwar nannte er Einzelpunkte, die auf einigen wirtschaftlichen Feldern kurzfristige Belebung und Fortschritt versprechen. Das war wenigstens ein Ansatz. Aber insgesamt erinnerte sein Auftritt an die Vorstellung eines lustlosen Zauberkünstlers, der statt eines weißen Kaninchens ein mausgraues Karnickel aus dem Zylinder zieht.“

Welt am Sonntag

„Das war kein Tag des Kanzlers. Das war nicht das berühmte 'Hier und Heute', von dem man später einmal sagen könnte, von ihm ging eine neue Epoche der deutschen Geschichte aus. So aber waren die Erwartungen, die wochenlang leichtfertig geschürt wurden. Gemessen daran und gemessen am Zustand unseres Landes, hat der Kanzler eine blasse, visionslose, seine letzten Anhänger werden sagen: pflichtschuldige Rede gehalten, die kaum wirklich mitreißen konnte ... Der Kanzler hat die Latte selbst gelegt, über die er dann nicht springen konnte. Aber er hat es gar nicht erst versucht: im Auftritt nicht und nicht mit dem Programm. Was hat Schröder denn noch zu verlieren, auf welche Wunder will er hoffen? Der gordische Knoten des Sozialkartells in diesem Land wird sich nie und nimmer von alleine lösen. Aber offenbar gibt man sich in der Regierung immer noch der Illusion hin, mit großen Kommissionen und kleinen Korrekturen weiterwursteln zu können. Jetzt rächt sich

eben, dass diesem Kanzler der innere Kompass fehlt, die Leitidee, die wahre Leidenschaft“. Die Welt

„Das war also die große Rede? Blut, Schweiß und Tränen? Wohl eher mangelnder Mut, fehlender Fleiß und ganz viel Gähnen. Der Kanzler hat gestern eine Chance vertan, vielleicht seine letzte. Schlecht für ihn, schlimm für Deutschland. 'Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung', hatte er seine mit Pomp wochenlang angekündigte Regierungserklärung überschrieben. Rausgekommen ist bloß eine Angst-Rede, die zu viel Rücksicht nahm: auf die Blockierer-Gewerkschaften, die Brems-Arbeitgeber und die Traditionskompanien bei seiner SPD. Schröder präsentierte statt eines großen Konzepts nur einen Notfall-Plan. Und der kommt den Bundesbürgern nur zu bekannt vor: Vor allem den kleinen Leuten wird wieder in die Tasche gelangt. Arbeitslose, Kranke, Alte sind die Verlierer des gestrigen Tages“.

BILD-Zeitung



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



**Straßenatlas Deutschland  
mit Durchfahrtsplänen der  
Ballungszentren**

Bestell-Nummer: 9260  
Preis je 10 Stück: 15,00 €  
inkl. MwSt.: 17,40 €



**„Voller Erfolg: Die CDU setzt  
400-Euro-Jobs durch.“**

Bestell-Nummer: 2016  
Preis je 100 Stück: 16,50 €  
inkl. MwSt.: 17,66 €

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

**BESTELLANSCHRIFT**

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de